



HESSISCHER LANDTAG

30. 11. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend nicht sachgerechte Festlegung der Rundfunkgebühren
durch die Ministerpräsidenten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass die Ministerpräsidenten der Länder bei den Verhandlungen zum 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag von der Empfehlung der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) abgewichen sind, die eine Erhöhung um 1,09 € für die Gebührenperiode ab 1. Januar 2005 vorgeschlagen hatte. Die jetzt ausgehandelten 88 Cent Rundfunkgebührensteigerung ab dem 1. April 2005 stellen das Ergebnis sachfremder Hinterzimmerverhandlungen der Ministerpräsidenten dar. Dadurch werden auch die finanziellen Probleme des Hessischen Rundfunks weiter vergrößert. Aufgrund dieser Abweichung steigt der Konsolidierungsbedarf des HR um mindestens 30 Mio. € in der nächsten Gebührenperiode.
2. Der Landtag erwartet vom HR trotz der schwierigen Finanzsituation, dass er seine Programmgestaltung wieder verstärkt an Qualitätsgesichtspunkten ausrichtet. Die in diesem Jahr durchgeführten Programmreformen haben bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl hinterlassen, dass das Programm verflacht und der kurzfristige Quotenerfolg wichtiger erscheint als die langfristige und hintergründige Recherche. Dem muss schnell entgegengetreten werden, um die hohe Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht zu gefährden. Unzweifelhaft ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet, Programme für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen, um die Erhebung von Rundfunkgebühren zu rechtfertigen. Allerdings führt eine zu starke Ähnlichkeit mit den privaten Anbietern ebenfalls zu der Frage, ob die Gebühren noch gerechtfertigt sind. Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann nur in der Qualität seiner Programme liegen.
3. Der Landtag kritisiert die Ausweitung der Rundfunkgebührenpflicht auf internetfähige PCs. Diese erweiterte Gebührenpflicht stellt lediglich eine Gebührenerhöhung durch die Hintertür dar, mit der insbesondere kleine Gewerbetreibende und Freiberufler belastet werden. Damit geben die Ministerpräsidenten indirekt auch zu, dass die Gebührenerhöhung von 88 Cent für die Rundfunkanstalten nicht ausreichend ist. Die davon betroffenen Nutzergruppen setzen ihre PCs in der Regel nicht zum Rundfunkempfang ein. Der Landtag kritisiert zudem, dass durch die gewählte Lösung, pro Unternehmen und Standort jeweils eine Rundfunkgebühr für Internet-PCs zu erheben, kleine Unternehmen gegenüber Großunternehmen deutlich benachteiligt werden.

Wiesbaden, 30. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir